

Kurz berichtet

Rückenschmerzen verursachen die meisten Krankheitstage



Jeder vierte Krankheitstag geht auf Rückenleiden zurück. FOTO: DPA

0,4 Tage mehr als 2017 und 0,2 Tage mehr als 2016. Die Arbeitnehmer kamen im vergangenen Jahr auf 35,84 Millionen Fehltage. Jeder Versicherte war im Schnitt 1,8-mal krankgeschrieben, etwa so oft wie 2017 (1,7 mal). Jeder zweite Versicherte dagegen ließ sich 2018 gar nicht krankschreiben.

Häufigste Fehlgründe waren Verletzungen oder Rückenleiden, gefolgt von Atemwegserkrankungen und psychischen Erkrankungen.

„Jeder vierte Krankheitstag in Baden-Württemberg ist mittlerweile auf Rückenschmerzen zurückzuführen“, sagt Sabine Knapstein, Ärztin bei der AOK Baden-Württemberg. „Zu den Hauptursachen für Rückenbeschwerden zählen Bewegungsmangel, Fehlhaltungen und einseitige Belastungen im Alltag und im Beruf.“

Die AOK ist die größte Krankenkasse im Land und versichert etwa 2,5 Millionen Arbeitnehmer.

STUTTGART (tja) - Die 4,4 Millionen AOK-Versicherten in Baden-Württemberg waren 2018 häufiger krankgeschrieben als in den Vorjahren. Das geht aus Zahlen der Krankenkasse hervor, die der „Schwäbischen Zeitung“ vorliegen.

Demnach fehlte ein AOK-Versicherter 2018 im Schnitt 18,6 Tage mit einer Krankmeldung. Das sind

Gericht weist Klage gegen die Lindauer Therme ab

LINDAU (jule) - Das Augsburger Verwaltungsgericht hat die Klage des bayerischen Bund Naturschutz (BN) gegen die Baugenehmigung der Therme in Lindau abgewiesen. Eine Berufung lässt das Gericht nicht zu. Die Naturschützer wollen nun beim Verwaltungsgerichtshof in München einen Antrag auf Berufung stellen, wie Landesgeschäftsführer Peter Rottner im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“ am Donnerstag angekündigt hat. Dass die Naturschützer damit den Bau der Lindauer Therme nicht mehr verhindern, ist wahrscheinlich. Die Arbeiten sind bereits in vollem Gange. Laut Rottner will sich der BN allerdings grundsätzlich ein Klagerecht in Naturschutzangelegenheiten erstreiten.

CDU-Fraktion will private TV-Sender unterstützen

STUTTGART (kab) - Die CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag will privaten regionalen Fernsehsendern nicht nur für Technik, sondern auch für Inhalte Geld geben. Das geht aus einem „Leitfaden für aktive Medienpolitik“ hervor, der der „Schwäbischen Zeitung“ vorliegt. Demnach soll die Landesanstalt für Kommunikation (LfK) mehr Steuergeld bekommen. Mit diesem soll die LfK Nachrichtensendungen bei den regionalen Sendern bestellen und bezahlen können, „die zu noch mehr Regionalität und Professionalität bei Nachrichtenangeboten privater Fernsehanbieter führen soll“, heißt es in dem Papier. Basis dafür war ein Diskussionsbeitrag des Medienexperten der Fraktion Raimund Haser. Nicht übernommen hat die CDU seinen Vorschlag, Geld aus dem Rundfunkbeitrag vom SWR an die LfK zu verschieben.

Menschen mit Behinderung von Wahlen ausgeschlossen

STUTTGART/EPPELHEIM (lsw) - Tausende Menschen mit Behinderungen können aller Voraussicht nach im Südwesten am 26. Mai nicht an den Kommunal- und Europawahlen teilnehmen. Laut der Landesbehindertenbeauftragten geht es um 5900 betreute Behinderte. Bundesweit rund 80 000 Bürgern wird das aktive und passive Wahlrecht vorenthalten, darunter Menschen in Behinderten-Werkstätten.

Staatsanwalt erhebt nach Messerangriff Anklage

RAVENSBURG (sz) - Knapp vier Monate nach dem Messerangriff am Ravensburger Marienplatz, bei dem drei Menschen schwer verletzt wurden, hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den Hauptverdächtigen erhoben. Die Ermittler in Ravensburg werfen dem 21 Jahre alten Mann zweifachen versuchten Mord und in einem Fall versuchten Totschlags vor. Das bestätigte Oberstaatsanwalt Karl-Josef Diehl der „Schwäbischen Zeitung“. Demnach geht die Staatsanwaltschaft bisher davon aus, dass der Beschuldigte psychisch krank ist – und zumindest nicht ausgeschlossen werden kann, dass er während der Tat Ende September schuldunfähig war. Sie hält den Afghanen wegen seiner Krankheit für eine Gefahr für die Allgemeinheit – und hat deshalb seine dauerhafte Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus beantragt.

Kollegin von Kiesewetter glaubt an weitere Täter

ERFURT/STUTTGART (lsw) - Der Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss hat sich erstmals ausführlicher mit der Ermordung der Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn befasst. Eine Polizistin aus Baden-Württemberg sagte in der Sitzung am Donnerstag, aus ihrer Sicht gebe es bei dem Verbrechen viele offene Fragen. Beispielsweise glaube sie nicht, dass ausschließlich die NSU-Terroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt die Täter seien. Sowohl am Mord als auch an dessen Planung waren nach Einschätzung der Polizistin weitere Menschen beteiligt.

Dritte Amtszeit? Kretschmann tut sich schwer

STUTTGART (lsw) - Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) tut sich schwer mit der Entscheidung darüber, ob er für eine dritte Amtszeit antreten soll oder nicht. Ihm liege das Thema im Magen, sagte er im SWR. „Man ist ja gewählt, um zu regieren in der Zeit, für die man gewählt ist und nicht, um sich hauptsächlich um seine Nachfolge zu kümmern.“ Er wolle möglichst nach der Sommerpause, spätestens Ende des Jahres, eine Entscheidung treffen, kündigte er an.

Weniger exzellente Jungmusiker vom Land

Begabtenförderung in Städten ausgeprägter als in ländlichen Gebieten, kritisieren Experten

Von Kara Ballarin

STUTTGART - Kein anderes Land bringt jährlich so viele Preisträger beim Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ hervor wie Baden-Württemberg. Doch immer weniger begabte Jungmusiker kommen aus dem ländlichen Raum. Das zeigen aktuelle Zahlen, die der „Schwäbischen Zeitung“ vorliegen. Experten sprechen von „Bildungsgerechtigkeit“ bei der Förderung junger Talente in ländlichen Gebieten – und fordern vom Land mehr Anstrengungen.

Jungmusiker aus Baden-Württemberg brillieren regelmäßig bei „Jugend musiziert“ – auch 2018 kam ein Viertel aller Preisträger aus dem Südwesten. Bevor sie am Bundeswettbewerb teilnehmen dürfen, müssen sich die Jugendlichen bei Regionalwettbewerben und beim Landeswettbewerb beweisen. Auf Anfrage des Wängener CDU-Abgeordneten Raimund Haser erklärt Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne), dass die Teilnehmerzahlen an den 23 Regionalwettbewerben seit sechs Jahren sinken.

Die Regionalwettbewerbe sind nach Instrumenten in drei Kategorien aufgeteilt. In jeder Kategorie messen sich die Musiker alle drei Jahre. Die Teilnehmerzahlen haben – mit einer einzigen Ausnahme – zwischen 2000 und 2012 in jeder Kategorie kontinuierlich zugenommen, danach gehen die Zahlen massiv zurück. Beispiel: 4000 Jugendliche spielten bei den Regionalwettbewerben im Jahr 2000 unter anderem mit ihrem Bläser- oder Zupfinstrument vor. 2012 waren es 5300, im vergangenen Jahr knapp 4600. Dabei gibt es laut Ministerium ein starkes Stadt-Land-Gefälle. Bauer spricht von einer stabilen Teilnehmerzahl aus dem städtischen Bereich, doch die Teilnahme von Jungmusikern vom Land sei „in den letzten Jahren spürbar zurückgegangen“.

Landesmusikrat will G 9 zurück

Der Landesmusikrat, der den Wettbewerb auf Landesebene ausrichtet, sieht im achtjährigen Gymnasium einen Grund für den Rückgang. Präsident Hermann Wilske, der als Honorarprofessor an der Musikhochschule Trossingen tätig ist, spricht von einem „industriellen Verwertungsprozess“ der Jugendlichen. Seine Forderung: Rückkehr zu G 9. Zudem sollten dringend mehr als die aktuell drei Prozent der Schüler beruflicher Gymnasien Musikunterricht haben. „Das finde ich skandalös, die gehen uns verloren“, beklagt Wilske. Klaus



In den vergangenen Jahren sind bei „Jugend musiziert“ die Teilnehmerzahlen in allen Kategorien zurückgegangen. FOTO: DPA

Weigele, Direktor der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, pflichtet Wilske bei. „Eine rückläufige Teilnehmerzahl ist ein Zusammenspiel mehrerer Faktoren“, sagt Weigele. „Einer ist sicher die Verdichtung des schulischen Lebens und damit der Wegfall von Freizeit.“

Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) will das nicht gelten lassen. „Das achtjährige Gymnasium hat aus unserer Sicht der musikalischen Begeisterung und Vielfalt keinen Abbruch geleistet.“ Zumal die Teilnehmerzahlen dann schon seit der Einführung von G 8 im Jahr 2004 hätten zurückgehen müssen. Auch Heinrich Korthöber vom Landesverband der Musikschulen bezweifelt die G-8-Theorie, denn „das trifft ja auch den städtischen Raum“.

Landesakademie-Direktor Weigele sieht ein anderes Problem für talentierte Jugendliche auf dem Land:

„Die Fördermöglichkeiten sind nicht so gut wie die in den Städten.“ Als Beispiel nennt er Stuttgart: Dort hat ein Gymnasium eine Kooperation mit der Musikschule und der Musikhochschule vor Ort. „Das ist eine andere Ausgangssituation als die für Schüler in Wangen oder Leutkirch“, so Weigele. „Die haben die Exzellenzförderung einfach nicht vor Ort.“ Der CDU-Abgeordnete Haser pocht darauf, dass Begabtenförderung auch auf dem Land möglich sein muss, etwa durch Kooperationen. „Die Lösung darf nicht heißen: Wenn du exzellente Musik machen willst, musst du nach Stuttgart oder Karlsruhe. Die Kinder sollen an ihrem Wohnort exzellente Musik machen können.“

Konzept scheitert am Geld

Dafür hat die Ochsenhausener Akademie gemeinsam mit der Musikhochschule Trossingen im Auftrag des Regierungspräsidiums Tübingen

ein Konzept namens Comes erarbeitet, wie Weigele erklärt. Die Kernpunkte: Für jeden begabten Jungmusiker wird ein Jahresplan erstellt. Der Lehrer an der örtlichen Musikschule arbeitet mit dem Schüler an dem Plan – in Zusammenarbeit mit Hochschullehrern aus Trossingen oder mit Dozenten aus Ochsenhausen. Zudem kommt der Schüler zu Workshops mit den Hochschullehrern übers Wochenende in die Landesakademie nach Ochsenhausen.

Vor eineinhalb Jahren hat Weigele das Konzept im Kultusministerium vorgestellt – realisiert wurde es aus Kostengründen nicht, erklärt eine Sprecherin von Kultusministerin Eisenmann. „Jedoch wird sich das Kultusministerium dafür einsetzen, dass der Landeszuschuss für die Akademie in Ochsenhausen von derzeit 816 200 Euro ab dem Jahr 2020 auf 900 000 Euro jährlich erhöht werden soll“, sagt die Sprecherin.

Söder will die Bundesländer stärken

Der bayerische Ministerpräsident fordert einen „Föderalismus der zwei Geschwindigkeiten“

BAD STAFFELSTEIN (dpa) - Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) schlägt eine umfassende Reform des deutschen Föderalismus vor: Er will die Länder gegenüber dem Bund deutlich stärken, fordert mehr Kompetenzen für die Länder und eine Aufwertung des Bundesrats. Gleichzeitig plädiert er für einen Föderalismus der zwei Geschwindigkeiten: Länder, die mehr Eigenständigkeit wollen, sollen wieder mehr Aufgaben selbst übernehmen dürfen. Kleinere Länder, die bestimmte Aufgaben nicht selbst übernehmen können, sollen auf Hilfe des Bundes vertrauen können. Diese Initiative, die Söder möglichst gemeinsam mit anderen Ländern vorantreiben will, stellte er am Donnerstag auf der CSU-Fraktionsklausur im oberfränkischen Kloster Banz vor.

Schutzklausel im Grundgesetz

„Zentralismus löst keine Probleme, Vielfalt ist immer besser als Einfachheit“, sagte Söder. „Es brauche „einen lebendigen Föderalismus in Deutschland“, deshalb sei die Initiative dringend notwendig. „Die Länder sind keine nachgeordneten Behörden des Bundes, sondern sie sind nach unserer Verfassungsidee auf gleicher Augenhöhe. Diese gleiche Augenhöhe soll es auch wieder geben“, betonte Söder, der am Samstag zum neuen CSU-Vorsitzenden gewählt werden soll.

„Deswegen ist uns ganz wichtig, dass die Länder mehr Möglichkeiten haben und sozusagen wieder auf gleicher Augenhöhe agieren können.“

Söder beklagte, in den vergangenen Jahren habe es eine schlechende Abwanderung von Kompetenzen an den Bund gegeben, bei Schul- und Hochschulfinanzierung oder Gemeindeverkehrsfinanzierung etwa. Damit müsse Schluss sein. „Wir wollen eine Kompetenz-Schutzklausel im Grundgesetz für den Erhalt der Länderkompetenzen“, sagte Söder.

Auch die Bund-Länder-Finanz will Söder teilweise neu ordnen – er lehnt beispielsweise immer neue Bereiche der Mischfinanzierung von Länder-Aufgaben ab. „Wir wollen über die Umsatzsteuer eine faire Verteilung. Die Länder brauchen für die Aufgaben Geld“, sagte er. Es müsse Schluss damit sein, dass Länder quasi immer nur dann Geld vom Bund bekämen, wenn sie Kompetenzen abgeben. „Das kann nicht sein.“



Markus Söder (CSU) setzt Zeichen in der Bundespolitik. FOTO: DPA

Der Südwesten ist ein Funkloch-Land

Laut einer Analyse gibt es in keinem anderen Bundesland so viele Orte mit schlechter Netzqualität

Von Igor Steinle

HEIDELBERG/BERLIN - Nirgends gibt es so viele Orte mit schlechter Netzqualität wie in Baden-Württemberg. Das hat eine Analyse des Vergleichsportals Verivox ergeben. So schneiden in insgesamt 240 deutschen Ortschaften alle drei Netzbetreiber bei Sprachverbindungen mit „mangelhaft“ ab. Allein 63 dieser Gemeinden liegen im Südwesten. Danach folgt Bayern mit 52 Orten. In Sachsen-Anhalt werden zum Vergleich nur zwei Gemeinden mit mangelhaft bewertet, in Thüringen vier.

„Während mit 5G der nächste Mobilfunkstandard in den Startlöchern steht, ist die Netzversorgung über 4G vielerorts unzureichend“, sagt Jens-Uwe Theumer, stellvertretender Leiter bei Verivox. Theumer betont, nicht nur in kleinen Dörfern oder dünn besiedelten Regionen würden Telefonate deswegen häufig unterbrochen, Datenverbindungen „erst gar nicht aufgebaut“. „Zu den mangelhaft versorgten Ortschaften gehören auch Städte mit fünfstelligen Einwohnerzahlen“, so Theumer, darunter Geislingen, Bad Urach, Salem am Bodensee, Baden-Baden, Calw und Heidelberg.

Zuletzt hatte sich sogar Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) über die vielen schlechten Handy-Verbindungen in Baden-



Um Funklöcher zu schließen, sind mehr Mobilfunkmasten nötig. FOTO: DPA

Württemberg geärgert. „Ich kenne inzwischen die Funklöcher meiner Hauptfahrtstrecken gut. Selbst in Stuttgart weiß ich, wo es aufhört. Das sind einige Stellen“, sagte er. Bemerkenswert sei, dass sich noch kein einziges dieser Funklöcher in seiner mehr als siebenjährigen Regierungszeit geschlossen habe. Die Telekom entgegnete, man habe die Landesregierung wiederholt auf die schwierige Situation beim Mobilfunk-Ausbau hingewiesen. Schleppende Genehmigungsverfahren und zu wenige Standorte stellten das Unternehmen vor Probleme.

Die aktuelle Verivox-Analyse basiert auf anonymen Daten von 150 000 Smartphone-Nutzern in ganz Deutschland. Die Kategorie „mangelhaft“ gibt dabei an, dass die Wahrscheinlichkeit für eine gute Signalstärke bei unter 20 Prozent liegt. Ein Telekommunikations-Sprecher zweifelte die Aussagekraft der Studie an.

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
Erscheinungsweise: Wöchentlich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Laichingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spanghingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.
Redaktion
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteure: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller, Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser
Politik: Claudia Kling; Wirtschaft: Benjamin Wagener; Journal/Kultur: Barbara Miller; Sport: Filippo Cataldo; Belag/Wochenende: Dirk Ullrich; alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16
Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf
Redaktion Berlin: Sabine Lenartz
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub
Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.
Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil
Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm
Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Chef vom Dienst und Zeitungsproduktion: Bernd Scheibitz
Für Anzeigen und Belagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 70 vom 11.2018. Für den Inhalt der Lokaltitel sind die Lokaleditionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperzung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.
Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de